

SCHARNSTEINER PERSPEKTIVEN

www.scharnstein.spo.e.at

Marktgemeinde
Scharnstein



Ausgabe 2

November 2023



Seit Jahren fordern wir eine Erweiterung des Kinderbetreuungsangebots in unserer Gemeinde. Die beiden provisorischen Container neben dem Kindergarten Kraki belegen die Richtigkeit unserer Forderungen. Wir müssen rasch, aber jedenfalls sorgfältig zur besten Lösung kommen - mit dem gemeinsamen Ziel, eine optimale Betreuung für unsere Jungfamilien anzubieten!

Aus dem Inhalt



Seite 2: Marie Santner - News aus der Gemeinde

News aus dem Kindergarten: Seite 3



Seite 4-5: Grundpreisdeckel bei Umwidmungen in Bauland ...

Persönliche Freundschaftsgeschäfte wie
In der Lahn müssen aufhören: Seite 6-7



Seite 11: Bericht des Pensionistenverbands



Marie Santner
 Fraktionsvorsitzende
 Mail: marie.fischer1991@gmail.com
 Mobil: 0664/3525005

Liebe Leserinnen und Leser der Scharnsteiner Perspektiven!

Seit diesem Jahr befindet sich unsere Marktgemeinde im Härteausgleich. Der Beschluss für den Härteausgleich im Gemeinderat war unnötig und fiel deshalb ohne unsere Unterstützung. Nun zeigt sich leider immer deutlicher, welche weitreichenden Folgen daraus entstanden sind.

Folgen des Härteausgleichs

Die Vereinsförderungen für unsere etwa 40 Vereine mussten um zwei Drittel gekürzt werden. Den Ärger vieler Vereine, die heuer mehr Wasser- und Kanalgebühren an die Gemeinde abliefern mussten als sie Vereinsfördermittel erhalten, können wir gut verstehen.

Das hätte nicht sein müssen. Einige wenige zeitliche Verschiebungen bei Straßensanierungen und der Verzicht auf einige völlig überdimensionierte Entscheidungen bei der Sanierung der B120 hätten ausgereicht, um den Härteausgleich zu vermeiden.

Die Auflagen des Landes gegenüber der Marktgemeinde Scharnstein sind unangemessen und betreffen ausnahmslos wertvolle Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Die Abgaben der Gemeinde wurden drastisch erhöht, bei manchen Gebühren gar um mehr als 25 Prozent – und das in einem Jahr, in dem es manche Familien aufgrund der hohen Inflation finanziell arg durchbeutelt. Und den Vereinen kann die Gemeinde heuer nur eine stark reduzierte Unterstützung für ihre wertvolle Kinder- und Jugendarbeit entgegenbringen.

Rechtswidrige Widmung In der Lahn

Auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe berichten wir über den Stand der unrechtmäßig gewidmeten 1 ½ Hektar Wiese In der Lahn. Wir veröffentlichen einen Artikel aus dem Standard vom 25. September, in welchem Redakteur Markus Rohrhofer die Umwidmung des Bürgermeisters mit dem Titel „Persönliche Widmung“ überschreibt. Sehr treffend, wie ich meine, weil es sich in der Causa Lahn eindeutig um den „persönlichen Einsatz“ des Bürgermeisters für einen Parteifreund handelt – zulasten vieler besorgter Anrainer, die nicht verstehen können, dass 15.000 Quadratmeter Grünland – weit entfernt von jeglichem Ortszentrum – einer unsachgemäßen Bebauung zugeführt werden sollen. Wir stehen mit voller Kraft hinter den Lahnern und allen ökologisch interessierten GemeindegängerInnen, die eine solche Betonpolitik klar ablehnen.

News vom Kindergarten

Kindergartenplätze sind knapp in Scharnstein. Der Bedarf wächst stetig, sodass eine Erweiterung des Angebots dringend nötig ist. Darauf haben wir Scharnsteiner Sozialdemokraten seit Jahren hingewiesen und die Erweiterung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen eingefordert.

Aktuell werden zwei Krabbelgruppen in einem Containerbau gegenüber dem Kraki betreut. Die ärgsten Probleme mit schlecht funktionierender Beheizung und einem ständigen Wassereintritt konnten kurzfristig mit einer Überdachung der durchlässigen Containerdecke behoben werden. Die Sanierung in Höhe von etwa 30.000 Euro geschah übrigens auf Kosten der Gemeinde!

Für uns ist bis heute nicht ersichtlich, warum die Gemeinde für die Reparatur eines offensichtlich schadhaften Containers Steuermittel in die Hand nehmen muss. Jeder private Haushalt würde beim Neukauf eines Produkts auf die Gewährleistung des Händlers pochen und bei Nicht-Einhaltung von dem Kaufvertrag schadlos zurücktreten.

Zur Straßensanierung der B120

Über die aus unserer Sicht völlig misslungene Sanierung der B120 haben wir uns in der Fraktion ein weiteres Mal mit Fachleuten unterhalten. Was dabei herausgekommen ist, erfahren Sie auf den Seiten 8 und 9 dieser Ausgabe. Kurzum: Da ist wirklich alles schiefgelaufen, was nur schiefgehen konnte.

Worüber wir uns freuen ...

Seit ein paar Monaten steht auf der Fuchsleiten ein neues Freizeitangebot: ein 40x20 m großer Funcourt. Täglich finden sich Kinder, um auf der neuen Anlage nach der Schule miteinander zu spielen. Schon jetzt ist sicher, dass der Funcourt die Freizeitmöglichkeiten in unserer Gemeinde für Jung und Alt ideal erweitern wird.

Das freut uns besonders deswegen, weil wir uns in vielen Sitzungen und Gesprächen mit Schule und Vereinen immer tatkräftig für die Errichtung eingesetzt haben.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Interesse beim Lesen unserer neuen Perspektiven.

Marie Santner
 Fraktionsvorsitzende



Vanessa Jäger
 Vorsitzende im Sozialausschuss
 Mail: vanessa.jaeger@gmx.at
 Mobil: 0664/1508283

News aus dem Kindergarten Sanierung oder Neubau?

Es ist jetzt Ende November, und es gibt noch immer keine Rückmeldung des Landes bezüglich eines Termins zur Begehung des Kindergartens, um die Voraussetzung für eine Sanierung festzustellen und endlich auch die Zuerkennung zu erhalten, für wie viele Gruppen ein Neubau geplant werden soll. Da muss man sich dann doch fragen, wo hier der Fehler liegt?

Verzögerungen bei der Bedarfserhebung

Am 3. Juli 2023 wurde das Betreuungs-Bedarfskonzept erstellt und laut Amtsleitung beim Land eingereicht. Seit nunmehr viereinhalb Monaten warten wir nun also bereits auf die Rückmeldung der zuständigen Stellen.

Der Vorwurf von VP-Seite, die SPÖ würde sich auf ein reines „Warten auf Informationen“ und eine „passive Ausschussarbeit“ beschränken, kann leicht widerlegt werden. Seit vielen Jahren bemüht sich unsere Fraktion um die beste Kinderbetreuung. Wir halten laufend Kontakt mit den Kindergartenpädagoginnen und halten uns alle Optionen offen, gemeinsam mit allen Fraktionen einen passenden Standort für ein zusätzliches Betreuungsangebot auszuwählen. Dies kann allerdings erst geschehen, wenn feststeht, für wie viele Gruppen ein Betreuungsangebot geplant werden darf. Einfach einen Standort zu fixieren, ohne diese entscheidende Frage gelöst zu haben, halten wir für unsachgemäß und irreführend.

Zum Glück leben wir in einer Gesellschaft mit Meinungsfreiheit. Gemeinsam mit meinen KollegInnen in der Fraktion bemühe ich mich seit Jahren um eine optimale Kinderbetreuung in Scharnstein. Ein kurzer Blick auf die Webseite der SPÖ Scharnstein, in der alle unsere Stellungnahmen und Forderungen nachlesbar sind, würde dafür ausreichen:

www.scharnstein.spoe.at/gemeindepolitik.html

Wir werden uns auch zukünftig unermüdlich dafür einsetzen, eine optimale Kinderbetreuung anbieten zu können.

Kostenlose Kinderbetreuung in OÖ Ein Schritt in die richtige Richtung

Schon lange fordern wir SozialdemokratInnen eine kostenlose Kinderbetreuung und die Ausdehnung der Öffnungszeiten unserer Kinderbetreuungseinrichtungen. Endlich wurde unser Ruf gehört und mit 1. September 2024 wird die Vormittagsbetreuung auch in den Krabbelstuben bis 13 Uhr in den OÖ Gemeinden kostenlos angeboten.

Dennoch weiterhin großer Aufholbedarf

Für einen Halb- bzw. Ganztagsplatz geben Eltern jährlich zwischen 1300 bis 4000 Euro aus. Gerade in Zeiten von Rekordinflation ist es daher umso wichtiger, dass die gesamte Betreuungszeit kostenlos wird. Jedes Kind soll einen beitragsfreien Kindergartenplatz und damit die gleichen Chancen auf Bildung haben, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Mit der SPÖ zur beitragsfreien Kinderbetreuung

Wien, Burgenland und Kärnten sind die Vorreiter in Sachen beitragsfreie Kindergärten. Es ist wichtig, dass alle Kinder von Anfang an die beste Bildung erhalten, und die Eltern Beruf und Familie optimal vereinbaren können. Auch in OÖ muss es unser Ziel sein, eine beitragsfreie Kinderbetreuung, weniger Schließtage, längere Öffnungszeiten und kleinere Gruppen zu bekommen.



Tel.: 07615 / 23 65 Fax: DW 75 Wolfgang Luckeneder MBA
 Email: office@maler-luckeneder.at Mühldorf 18
www.maler-luckeneder.at 4644 Scharnstein



Ulli Jäger-Hochreiter
Vorsitzende der SPÖ-Frauen

SPÖ Frauen aktuell

Für das kommende Jahr 2024 dürfen wir bereits jetzt folgende Veranstaltungen ankündigen:

Kinderfasching

Am 10. Februar 2024 starten wir mit unserem Kinderfasching. Von 14 bis 17 Uhr in der LMS erwartet unsere Gäste ein beeindruckendes Zauber- & Clown-Programm, Spieleanimation, Mini-Disco und dem kreativen Modellieren von bunten Ballons. Wir freuen uns auf eine großartige Party.

Frühlingsbasar

15. und 16. März 2024
in der LMS

Herbstbasar

04. und 05. Oktober 2024
in der LMS

Wir wünschen allen ein schönes friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

Ihre Scharnsteiner SozialdemokratInnen
und die SPÖ-Frauen



Max Ebenführer
Vizebürgermeister

Aktive Bodenpolitik

Ein in der Gemeinde Gallneukirchen beschlossenes Paket zur Bereitstellung von leistbarem Bauland kann als Vorzeigemodell für andere Gemeinden angesehen werden. Das Modell sieht dort eine Grundstückspreisdeckelung von 190 Euro pro Quadratmeter, acht weitere Kriterien für eine Umwidmung von Grünland in Bauland sowie ein Vorkaufsrecht von Grünlandflächen für die Gemeinde vor. Der Gallneukirchner Bürgermeister Sepp Wall-Strasser und Rechtsanwalt Heinz Häupl, der mit ihm die entsprechenden Verträge ausgearbeitet hat, geben einen Einblick in das von ihnen entwickelte Modell.

Wie funktioniert das Modell Gallneukirchen?

Ausgangspunkt ist das OÖ ROG, und hier v.a. die § 15/16:

§15 (2) Die Gemeinde hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufgaben der örtlichen Raumordnung durch privatwirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere Baulandsicherungsverträge, zu unterstützen (aktive Bodenpolitik). Entsprechend dem voraussehbaren Bedarf ist dabei insbesondere auf die Vorsorge für Wohnungen und für die Ansiedlung von Betrieben Bedacht zu nehmen.

§ 16 (1) Als privatwirtschaftliche Maßnahmen im Sinne des § 15 Abs. 2 kommen insbesondere in Betracht:

1. Vereinbarungen der Gemeinde mit den Grundeigentümern über die zeitgerechte und widmungsgemäße Nutzung von Grundstücken sowie die Tragung von die Grundstücke betreffenden Infrastrukturkosten; dabei ist sicherzustellen, dass auch unter Berücksichtigung der nach anderen landesgesetzlichen Vorschriften einzuhebenden Beiträge die voraussichtlich tatsächlich anfallenden Kosten nicht überschritten werden.
2. Der Erwerb von Grundflächen durch die Gemeinde, insbesondere um den örtlichen Bedarf an Baugrundstücken zu ortsüblichen Preisen decken zu können;
3. Vereinbarungen zur Sicherung des förderbaren Wohnbaus, soweit für diesen Zweck in der Gemeinde ein Bedarf besteht und dafür Flächen vorbehalten werden sollen.

Aus den Paragraphen 15 und 16 ROG OÖ lässt sich der gesetzliche Auftrag für Gemeinden ableiten, dass sie sich **AKTIV** am Immobilienmarkt beteiligen und diese Aufgabe eben nicht Investoren überlassen sollen. Bei der Beteiligung von Gemeinden am Immobilienmarkt handelt es sich also rechtlich um die Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags, bspw. leistbares Bauland (durch eine Grundstückspreisdeckelung) für örtliche Jungfamilien im Zuge von Umwidmungsverfahren zu erwirken.

Leistbares Bauland durch Grundstückspreisdeckelung

Eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung von Gemeinden am Immobilienmarkt ist die Einvernehmlichkeit von entsprechenden Verträgen mit Grundstückseigentümern. Sie sollen im Zuge von Gesprächen zu der Einsicht bewegt werden, dass sie mit ihren Umwidmungswünschen an den Interessen der Gemeinde (bspw. leistbares Bauland für Jungfamilien) nicht vorbeikommen.

Wie entsteht eine Optionsvereinbarung zw. Grundeigentümer und Gemeinde?

Am Beginn einer Optionsvereinbarung zwischen Gemeinde und umwidmungswilligen Grundeigentümern steht ein Umwidmungsinteresse. Ein entsprechendes Grünland muss aus raumplanerischer Sicht für eine Umwidmung in Bauland grundsätzlich geeignet sein. Die Zustimmung der überörtlichen Raumordnungsbehörde muss eingeholt werden.

Zudem ist wichtig, dass die Gemeinde nicht ihre Umwidmungsmacht gegenüber dem Umwidmungswerber ausspielt. Es muss ganz im Gegenteil eine Freiwilligkeit der gegenseitigen Vertragsvereinbarungen dokumentiert werden können. Ansonsten würden rechtliche Vereinbarungen bei Einsprüchen kaum halten.

Es folgt die Erstellung eines Optionsvertrages des Grundeigentümers mit der Gemeinde:

1. Die Gemeinde nimmt die angebotenen Flächen zum Preis x je Quadratmeter (Grundpreis inkl. Aufschließungskosten, preisindiziert) in Option. Danach kann die Projektentwicklung beginnen.
2. Eruiieren der Aufschließungskosten (für die Gemeinde kostenneutral) – Aufteilen der Gesamtkosten auf die zukünftigen Grundstückseigentümer
3. Kaufvertrag abschließen
4. Einleitungsbeschluss plus Baulandsicherungsvertrag (Vorkaufsrecht der Gemeinde integrieren)
5. Projektabwicklungsplanung erstellen

Vorteile des Modells

- Die Gemeinden handeln im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags (§ 15, 16 ROG OÖ).
- Die Gemeinden bestimmen, was gebaut wird.
- Die Gemeinden vereinbaren einen leistbaren Grundstückspreis, ansonsten wird nicht umgewidmet.
- Die Gemeinden entscheiden im Fall des Nichtzustandekommens eines Projekts über die Weitergabe eines Grundstücks an Dritte.



Nicht dubiose Investoren sollten sich um die Planung des Hopfengartens kümmern, sondern die Gemeinde!

Reaktionen auf das Gallneukirchner Modell

Die Reaktionen auf den Beschluss im Gallneukirchner Gemeinderat waren gewaltig. Sowohl die regionale als auch die bundesweite Presse interessierte sich umgehend für das Modell. Laut Bürgermeister Sepp Wall-Strasser „verhalten sich die Grundbesitzer sehr ruhig und potenzielle Häuslbauer jubeln“. Kollegen aller Fraktionen in der näheren Umgebung gratulierten ihm zu diesem bahnbrechenden Schritt und wollen nun ähnliche Modelle in ihren Gemeinden umsetzen.

Günstige Grundstücke für Ortsansässige

Viele Gemeinden haben bereits Modelle für die Vergabe von Grundstücken in ihrem Gemeindegebiet vereinbart. Den Gemeinden wird von Juristen empfohlen, solche Vereinbarungen überfraktionell auszuhandeln und danach im Gemeinderat einvernehmlich zu beschließen.

Resümee

Abschließend sei angemerkt, dass es sich bei dem vorgestellten Baulandmodell nur um noch nicht gewidmetes Bauland handelt. Es geht zudem nicht um die Ausnützung der Umwidmungsmacht der Gemeinden, sondern vielmehr „um die Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags“. Fingerspitzengefühl ist gefragt und es ist unumgänglich, dass es eine gemeinsame Strategie einer qualifizierten Gemeinderatsmehrheit für ein solches Konzept gibt. Am besten - vor allem für die bauwilligen Familien im Ort - wäre natürlich eine einhellige Unterstützung aller Fraktionen.

DERSTANDARD

Persönliche Widmung

Markus Rohrhofer

Eine umstrittene Widmung von Grün- in Bauland trübt seit Jahren die Idylle in der Almtal-Gemeinde Scharnstein. Eine Bürgerinitiative ortet einen illegalen Beschluss im Gemeinderat und spricht von einer politischen Weisung. Der Bürgermeister sieht wiederum einen Rückwidmungsbeschluss als nicht rechtens an.

Die steilen Wiesenflächen präsentieren sich an diesem Spätsommernachmittag in sattem Grün. Rund 13.000 Quadratmeter Naturparadies – direkt oberhalb des kleinen Ortsteils In der Lahn im oberösterreichischen Scharnstein. Doch in die Almtaler Wiesenharmonie mischt sich mit unangenehmer Regelmäßigkeit eine gehörige Portion Disharmonie. Geschuldet ist dies einer kommunalen Umwidmungsposse, die ihren Ursprung im Jahr 2012 hat.

Damals legt das ortsansässige Unternehmen K&F Drack GmbH, konkret Geschäftsführer Moritz Drack, erstmals Bebauungswünsche der Fläche auf den Tisch. Entstehen soll eine Wohnsiedlung – ursprünglich 23 Parzellen. Ein entsprechender Umwidmungsantrag von Grünland in Bauland wird vom Projektwerber bei der Gemeinde eingebracht. Doch die Bedenken sind von Anbeginn an groß.



Die „Initiative für die Lahn“ mit Sprecher Stefan Hamedinger (links) kämpft gegen die Umwidmung von Grün- in Bauland.
Foto: Werner Dedl

Behördliche Einwände

Nach Einsprüchen des Landes erfolgt eine Redimensionierung auf 14 Parzellen. Und man treibt in der damals noch mehrheitlich schwarzen Gemeinde das Projekt entsprechend voran. Vor allem auch mit kräftiger Unterstützung des Bauausschussvorsitzenden der Marktgemeinde Scharnstein: ÖVPMandatar und Projektbetreiber Moritz Drack. Am 17. Dezember 2019 beschließt der Gemeinderat in Scharnstein dann eine Baulandwidmung im Ortsteil In der Lahn.

Und man stellt sich klar gegen die Position des Landes Oberösterreich. Die Stellungnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Abteilung Wasserwirtschaft, der Abteilung Land- und Forstwirtschaft sowie der Abteilung Naturschutz fallen hinsichtlich einer Umwidmung nämlich allesamt negativ aus. In der Stellungnahme wird der Umwidmungswunsch als „nicht verhandelbar“ angeführt. Konkret: Der ersatzlose Entfall von landschaftlichen Vorrangzonen ohne eine detaillierte Grundlagenforschung inklusive einer ausführlichen Begründung sei „rein raumordnungsfachlich wohl nicht vertretbar“. Demnach stünde die betroffene Baulandwidmung in Widerspruch zu wesentlichen Zielen und Grundsätzen des oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes.

Und ist dennoch möglich: Mit Bescheid der Abteilung Raumordnung vom 13. November 2020 werden die ursprünglich geäußerten Versagungsgründe plötzlich zurückgezogen und die Widmung genehmigt. Versehen ist der dem STANDARD vorliegende Bescheid mit dem Hinweis, dass die Genehmigung „aufgrund einer Interessenabwägung durch den Raumordnungsreferenten der oberösterreichischen Landesregierung“ erfolgt sei.

„Was nahelegt, dass der zuständige Landesrat Markus Achleitner hier eine Weisung entgegen allen Einwänden der Fachbeamten erteilt hat“, kritisiert Stefan Hamedinger, Sprecher der Initiative für die Lahn im Gespräch mit dem STANDARD. Die gesamte Umwidmung sei unrechtmäßig gewesen.

Hamedinger: „Es gibt keine taugliche Zufahrt, kein aktuelles geologisches Gutachten und keine seriösen Grundlagen für die Berechnung der Retentionsfläche bei Verdichtung von 14 Parzellen sowie die Abgeltung für mögliche Folgeschäden für bestehende Hausbrunnen.“ Doch noch ist der letzte Akt in diesem Kommunalstück nicht geschrieben: Am 17. Februar 2022 erfolgt im Scharnsteiner Gemeinderat auf SPÖ-Antrag mit den Stimmen von Grünen und FPÖ die Rückwidmung des Areals in Grünland.

„Es braucht immer viel Arbeit vonseiten eines Bürgermeisters, damit eine Widmung durchgeht.“

**Rudolf Raffelsberger
Bürgermeister von Scharnstein**

Planungsfehler

Was aber am Status quo nichts geändert hat. Die Rückwidmung wurde vonseiten des Bürgermeisters, des ÖVP-Landtagsabgeordneten Rudolf Raffelsberger, bis dato nicht umgesetzt. Dieser beruft sich darauf, dass der Beschluss im Gemeinderat nicht rechtmäßig sei, weil entsprechende Planungsunterlagen nicht vorgelegt worden seien. Hintergrund: Ein Flächenwidmungsplan darf laut Gesetz nur abgeändert werden, wenn sich die Planungsgrundlagen infolge Auftretens neuer Tatsachen oder Planungsabsichten in der Gemeinde wesentlich geändert haben.

„Es müssen die Regeln eingehalten werden. Es gibt daher eine gültige Widmung“, erläutert Raffelsberger im STANDARD-Gespräch. Es sei aber „alles keine Tragik“, betont das Gemeindeoberhaupt. „Es wurde eine neue Variante hinsichtlich einer möglichen Zufahrtsstraße angekündigt. Sobald ich diese Pläne auf dem Tisch habe, gehe ich damit in den Gemeinderat, und wir reden darüber.“

Ob es denn eine konkrete Absprache mit dem zuständigen Landesrat gegeben habe? Raffelsberger: „Ich rede viel mit dem Herrn Achleitner. Und es braucht immer viel Arbeit vonseiten eines Bürgermeisters, dass eine Widmung durchgeht.“

Aus dem Büro von Wirtschafts- und Raumordnungslandesrat Markus Achleitner heißt es auf Anfrage dazu: „Es liegt eine rechtskräftige Widmung für das betreffende Grundstück vor, die vom Gemeinderat der Gemeinde Scharnstein als zuständiger Widmungsbehörde beschlossen worden ist.“ Die Abteilung Raumordnung des Landes Oberösterreich habe als Aufsichtsbehörde geprüft, ob die Interessenabwägung der Gemeinde dazu nachvollziehbar und das Verfahren rechtskonform abgelaufen sei. Dies sei „der Fall gewesen, und damit ist diese Widmung genehmigt worden. Eine allfällige Widmungsänderung wäre wieder eine Entscheidung der Gemeinde als zuständiger Widmungsbehörde.“

Eine Stellungnahme des Projektbetreibers Moritz Drack blieb trotz telefonischer und schriftlicher Anfrage aus. Die Bürgerinitiative hofft auf eine erneute Zustimmung der FPÖ im Gemeinderat, um einen rechtskonformen Rückwidmungsbescheid zu erlangen.



Im der Oktoberausgabe ihrer Landeszeitung *OÖ.PLANET* nahmen die Grünen wie folgt zur Causa Lahn Stellung:

Scharnstein: Koalition der Baufreunde

So war es in Scharnstein, als es Moritz Drack – dem Vorsitzenden des örtlichen Bauausschusses sowie ÖVP-Gemeinderat und im Hauptberuf Bauunternehmer gelang, ein Wiesengrundstück im Besitz seiner Firma in Bauland umwidmen zu lassen. Er beabsichtigt dort 14 Bauparzellen für eine Wohnsiedlung anzulegen. Grünes Licht kam nicht von den beteiligten Fachabteilungen des Landes, die sich allesamt gegen die Umwidmung aussprachen, sondern vom Raumordnungslandesrat Markus Achleitner (ÖVP) persönlich. Dieser setzte sich gegen das Nein seiner Fachbeamten mit einer politisch motivierten „Interessenabwägung“ durch und genehmigte die Umwidmung im Alleingang per Bescheid. Im November 2020. Als dann Anfang 2022 der neu gewählte Gemeinderat (mit den Stimmen der SPÖ, Grünen und der FPÖ) eine Rückwidmung in Grünland beschloss, wurde das Netzwerk der schwarzen Baufreunde wieder aktiv. Die Rückwidmung wurde vonseiten des ÖVP-Landtagsabgeordneten Rudolf Raffelsberger, bis dato nicht umgesetzt. Dieser beruft sich darauf, dass der Beschluss nicht rechtmäßig sei, weil Planungsunterlagen nicht entsprechend aufbereitet worden seien. Faktum ist aber, eine Rückwidmung von Bauland in ein eher wertloses Grünland würde nicht im finanziellen Eigeninteresse des schwarzen Bauausschussobmanns und Bauunternehmers Moritz Drack liegen.

„Es reicht. Die Umwidmungspolitik des Bürgermeisters zugunsten seiner persönlichen Freunde muss aufhören!

Der im Gemeinderat bereits gefasste mehrheitliche Beschluss für eine Rückwidmung in Grünland muss rasch umgesetzt werden.

Scharnstein würde damit ein Vorbild für aktiven Bodenschutz sein.“

Scharnsteiner Sozialdemokraten



Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang

Was da bisher im Ortszentrum gebaut wurde, hinterlässt am Ende mehrere geschlossene und schwer geschädigte Geschäfte, weniger Aufenthaltsqualität, weniger Verkehrssicherheit und nichts als „verbrannte Erde“.

„Das werden die Verhandlungen zeigen ...“

So lautet der Standardsatz des Bürgermeisters in regelmäßigen Abständen. Fraglich erscheint, ob diese Sprachwendung auch dann noch gilt, wenn jene, mit denen angeblich noch verhandelt werden soll, bereits vor mehr als zwei Jahren allen Gemeinderatsmitgliedern schriftlich mitgeteilt haben, dass sie kein persönliches Eigentum für ein aus ihrer Sicht fragwürdiges Projekt hergeben wollen. Die betroffenen Grundbesitzer forderten die Gemeinde vielmehr höflich dazu auf, von der Verwendung von privatem Grundeigentum Abstand zu nehmen und sich anderer Überlegungen zur Planung der Straße im Ortszentrum zu bedienen. Die Anrainer wendeten richtigerweise ein, dass es der wichtigste Wunsch der Bevölkerung im vorangegangenen Beteiligungsprozess gewesen war, die Straßenführung so flächensparend wie möglich zu planen, damit es zukünftig für die Leute mehr Flächen für eine höhere Aufenthaltsqualität im Ortszentrum gibt.

Brief an den zuständigen Landesrat

Wir Scharnsteiner Sozialdemokraten haben in mehreren schriftlichen Stellungnahmen darauf hingewiesen, welches Desaster hier droht. Sogar an den zuständigen Landesrat haben wir uns gewandt, der uns in einem Schreiben mitteilte, dass er sich für die Planung des Scharnsteiner Ortszentrums erstens nicht zuständig fühle und zweitens jegliche Befugnis dafür abtritt. Na bumm – wer hat denn dann die Planung der an die B120 angrenzenden Flächen links und rechts neben der Straßenführung geplant und schließlich auch umgesetzt?

Und damit kommen wir der Lösung des Rätsels um die aktuelle Misere schon sehr nahe. Hier wurde ein sorgfältig erarbeitetes Ergebnis der Bürgerbeteiligung von Laien umgesetzt und gemeinsam mit einer davon gelangweilten und völlig desinteressierten Landesstraßenbaudirektion einfach in die laufende Straßenplanung integriert. Und das, obwohl die Landesstraßenbaudirektion laut ihrem Chef LR Steinkellner dafür gar nicht zuständig wäre.

Wer war denn dann der Planer dieses Desasters?

Man braucht nicht lange herumrätseln. Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang.

Selbstverständlich hätte für die Gestaltung des Scharnsteiner Ortszentrums ein fachlich geeignetes Planungsbüro beauftragt werden müssen. Schließlich wurden nur für den Prozess der Bürgerbeteiligung seitens des Landes und der Gemeinde mehr als 100.000 Euro dafür ausgegeben, die Wünsche der BürgerInnen in einer geeigneten Fachplanung umzusetzen.

Leidtragende des Fuhrwerks sind nun die vielen Anrainer und Gewerbetreibenden an der B120 im Ortszentrum, die vielerorts ihre Existenzgrundlage eingebüßt haben.

Da wäre bspw. eine Gärtnerei, die im Zuge der Raffelsberger-Planung sechs über 30 Jahre bestehende Parkplätze verloren hat. Im Jahr 1995 hatte die Unternehmerin den Grund, auf dem die Parkplätze standen, der Gemeinde geschenkt – auf Wunsch der Gemeinde und natürlich unter der Auflage, dass diese „ihrem Geschäft zugewiesen bleiben“. Ein solcher Beschluss wiederum interessierte einen Bürgermeister nicht die Bohne und führte dazu, dass schriftliche Anfragen von Frau Strasser an Land an Gemeinde mehr als sieben Monate unbeantwortet blieben.

Die seit nunmehr zwei Jahren spürbaren Folgen einer verfehlten Umsetzung sind unseren Geschäftsleuten nicht zumutbar. Für uns Sozialdemokraten ist klar: was hier entstanden ist, gehört repariert. Koste es was es wolle. Und nicht nur die Anrainer, sondern auch alle anderen Gemeindegewerbetreibenden haben ein Anrecht auf ein Mindestmaß an Aufenthaltsqualität im Ortszentrum - wie von der Bürgerbeteiligung eingefordert.

Die schöne Weihnachtsdekoration in der fehlgeplanten Ortsdurchfahrt kostete etwa 15.000 Euro. Das ist genau so viel Geld wie die Vereinsförderungen für alle Scharnsteiner Vereine im Jahr 2023 gekürzt wurden. Wir meinen, dieses Geld wäre bei unseren Vereinen wesentlich besser investiert gewesen.

Der Tragödie letzter Teil

Als gäbe es nicht schon genug Ärger, wurden die Anrainer an der B120 in den letzten Tagen vom Bürgermeister auch noch mit einer Kostenbeteiligung für die Asphaltierungen vor ihren Gebäuden konfrontiert. Auf Nachfrage gab der Bürgermeister manchen Anrainern (nicht allen) eine Zusage, dass „sich die Gemeinde an den Kosten von je etwa 4.000 Euro anteilmäßig beteiligen würde“.

Für uns ist damit der letzte Beweis erbracht, dass im Scharnsteiner Ortszentrum NIEMALS geplant wurde, sondern am Ende der Verbauung zufällig ein paar Flächen „übrigbleiben“, die eben „auch noch zugemacht werden müssen“ - aus der Sicht des Bürgermeisters auf Kosten der Anrainer, die ja schließlich zuständig wären ...

Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang.

Liebe GemeindebürgerInnen!

Sowohl der Gemeindevorstand als auch die einzelnen Mandatäre erhielten in den letzten Wochen eine Unmenge an Zusendungen von GemeindebürgerInnen, die jegliches Vertrauen in die Lösungskompetenz der Gemeindevorstandlichen verloren haben. Es ist höchste Zeit, endlich wieder Vertrauen zurückzugewinnen.

Für die Planung des Scharnsteiner Ortszentrums wurden in einem langwierigen Bürgerbeteiligungsverfahren mehr als 100.000 Euro ausgegeben. Eine darauf verbindlich folgende Planung des Ortszentrums wurde trotz rechtskräftigem Gemeinderatsbeschluss vom Bürgermeister nie beauftragt. Verursacht hat das alles der Bürgermeister im Alleingang: ein Ortszentrum, das - auf Jahrzehnte hinaus - weder mehr Aufenthaltsqualität für die Menschen im Ort aufweist, noch Barrierefreiheit bietet und schon gar nicht sicherer ist als zuvor!



Ein Symbolfoto für alles was schief läuft: Auf viel zu schmalen Parkstreifen anhaltende Autos schlitzten sich die Reifen an messerscharfen Bordsteinkanten auf. Von der in der Bürgerbeteiligung vehement geforderten Barrierefreiheit fehlt jede Spur!

Was ist da alles schiefgelaufen?

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit war eines der zentralen Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. Eine echte Ortszentrumsplanung wäre völlig ohne (messerscharfe) Randsteine ausgekommen und hätte eine rücksichtsvolle Nutzung durch alle Verkehrsteilnehmer ermöglicht. Es gibt genügend Beispiele, an denen man sich orientieren hätte können.

Mehr Aufenthaltsflächen im Ort

Eine Ortszentrumsplanung hätte den Raum vor den Geschäften erweitert und nicht schmaler gemacht. Auch das war eine zentrale Forderung der Bürgerbeteiligung.

Schattenspendende Bäume, keine Bäumchen

Die Bürgerbeteiligung forderte große schattenspendende Bäume auf breiter werdenden Aufenthaltsflächen im Ort. Ein paar Bäumchen in der Straßenmitte und zwischen den viel zu schmalen Parkstreifen – wie der Bürgermeister beruhigt - sind allerdings keine Ortszentrumsgestaltung. Solche Maßnahmen eignen sich bestenfalls zur Behübschung der bereits bestehenden Betonwüste.

Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ignoriert

Gleich mehrere Geschäfte haben im Zuge der Bauarbeiten ihren Betrieb eingestellt. Sie wird es aller Voraussicht auch nach Abschluss der Baustelle nicht mehr geben. Wie kann Bürgermeister Raffelsberger landauf-landab immer wieder behaupten, alles wäre „einvernehmlich“ geplant worden. Die massive Kritik der Anrainer beweist das Gegenteil: gar nichts wurde gemeinsam erarbeitet.

Einen Radweg dort, wo ihn niemand planen würde

Am Ende dieses Jahres werden wir eine nagelnahe Straße mit einem Geh- und Radweg haben, der im Niemandsland beginnt, ohne irgendeinen Zweck bei der Raiffeisenbank endet und nie mehr weitergebaut werden kann, weil die Grundflächen dafür fehlen.

Vertrauen vollends verloren

Letztendlich haben die Anrainer an der B120 jegliches Vertrauen in den Bürgermeister und seine Problemlösungskompetenz verloren. Sollten aufgrund der verfahrenen Situation Zwangsenteignungen von Grundbesitzern im Ortszentrum bevorstehen, werden wir diese vehement ablehnen und die Grundbesitzer bei ihren Anliegen unterstützen!



Mayr Schulmöbel
LEHREN • LERNEN • LEBEN

GANZTAGS-SCHULE
Mehr Flexibilität im Klassenraum

Mayr Schulmöbel GmbH • Mühlendorf 2 • 4644 Scharnstein
Tel.: +43 7615 2641-0 • Fax: +43 7615 2641-211
office@mayrschulmoebel.at • www.mayrschulmoebel.at

HOLZBAU
BANNER
ZIMMERMEISTER

STATIK-PLANUNG-AUSFÜHRUNG
4644 SCHARNSTIEN
TEL. 07615/7406, FAX 07615/30564
www.holzbau-bammer.at



Der Zimmermeister
ist hier, der Fachmann kommt



Dach ist unser

KÜSTNER
DACHENBÄUER KÜSTNER
WIR LEBEN DACHDESIGN

koestner-dach.at



Raiffeisen Oberösterreich 

FROHE WEIHNACHTEN
UND VIEL GLÜCK UND ERFOLG
IM NEUEN JAHR!

raiffeisen-ooe.at

Aktiv für unsere Mitglieder!

Tolles Kultur- und Sportprogramm

Die Mitglieder unserer Ortsorganisation absolvierten in den vergangenen Monaten ein ausführliches Sport- und Kulturprogramm.

Höhepunkt des Kulturprogramms war zweifellos der Besuch des ABBA-Musicals *Mamma Mia* auf der Seebühne Mörbisch, das alle Kulturliebhaber begeisterte. Das Programm umfasste alle bekannten Hits von ABBA, die das begeisterte Publikum mitsang.

Die Heimreise führte uns zuerst zur Burg Forchtenstein, wo wir eine Führung hatten und dann durch das Mürztal über Leoben wieder nach Hause. Weitere Kultur-Highlights waren die Besuche der Operetten *Der fidele Bauer* in Bad Hall, *Madame Pompadour* und *Schön ist die Welt* in Bad Ischl.

Am 24. August fand das schon traditionelle Grillfest der Ortsgruppe in der Schobermühle statt, bei dem die Gerstl-Musi die mehr als 110 Mitglieder wie immer hervorragend unterhielt. Beim Wirt Helmut Gillesberger möchten wir uns ganz herzlich für die großzügige Aufnahme bedanken.

Wanderungen

Das Wanderprogramm umfasste wieder eine bunte Mischung von unterschiedlichen Aktivitäten. Zuerst fuhren 32 TeilnehmerInnen zum Hintersee, um dort zur Eisgrotte aufzusteigen und anschließend den See zu umrunden.

Die nächste Wanderung führte uns auf die Eisenaueralm und der Burgauklamm. Die weniger anstrengende Tour führte über den Nikoloweg von Steinbach am Attersee nach Unterach.

Einem alten Brauch entsprechend marschierten wir am Liachtbratlmonatag hinauf zur Burgruine Scharnstein, um danach ein hervorragendes Bratli beim Wegscheider zu genießen.

Den Abschluss der Wandersaison bildete eine wirklich schöne Wanderung mit 30 TeilnehmerInnen auf die Hintereggeralm, einer naturbelassenen Hochalm in der Nähe von Liezen. Diese Tour war leider die letzte, die Sepp Lochner organisierte. Wir möchten uns für die vielen schönen Wanderungen und unterhaltsamen Stunden ganz herzlich bedanken!

Die erste Winterwanderung in der Heimat fand am 8. November unter der Leitung von Albert Ring statt und führte uns auf den Möselberg, ein Berg Rücken entlang der Westseite des Almsees. Der kulinarische Abschluss fand in der neuen Jausenstation „Oberschwiebl“ statt.

Ein Jahr mit vielen Aktivitäten neigt sich dem Ende zu, ein Jahr mit vielen positiven und erfreulichen Ereignissen, aber auch negativen Erlebnissen. Die weltpolitische Situation mit den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten beeinträchtigen auch unser Leben. Wir sollten die Zukunft dennoch weiter positiv sehen!

Für die „ruhigste“ Zeit im Jahr, der Advent- und Weihnachtszeit, darf ich allen Lesern viele schöne Stunden im Kreis ihrer Angehörigen wünschen, für das Jahr 2024 Gesundheit, Frieden, Glück, Erfolg und viele positive Erlebnisse.

Euer Obmann Ing. Sepp Bittendorfer



Gespannte Erwartung auf „Mamma Mia“



Vor der Burg Forchtenstein



Auf dem Weg zur Eisgrotte



Panorama Hintereggeralm

Michael Lindner
Für Oberösterreich

SPÖ-Landesrat Michael Lindner:

**FÜR EIN GESUNDES
OBERÖSTERREICH.**

GESUNDHEITSINITIATIVE

Auf Initiative von Michael Lindner startet die OÖ. Sozialdemokratie die Gesundheitsinitiative „Gesundheit kann nicht warten“, um endlich starke Lösungen voranzutreiben.

Die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich ist krank. Die Symptome sind täglich spürbar: Fachkräftemangel, lange Wartezeiten, überlastende Arbeit, zu wenig Rücksicht auf Geschlechterunterschiede in der Medizin und zunehmende psychische Erkrankungen, die PR-Lüge zur „Patientenmilliarde“ – all das hat die schwarz-blaue Landesregierung mitzuverantworten.

DIE TOUR FÜR DEINE GESUNDHEIT.

Michael Lindner tourt durch die Bezirke, denn er ist der Meinung, dass den Menschen nun endlich zugehört werden muss! Die Menschen müssen wieder im Mittelpunkt stehen, deshalb spricht Michael Lindner nicht nur über das System, sondern mit und für die Menschen. Warte auch du nicht länger auf deine Sprechstunde und komm vorbei, um ihm deine Anliegen zu schildern, die dadurch in die Gesundheitsinitiative mit einfließen werden.

FÜR EIN GESUNDES OBERÖSTERREICH.

Alle Oberösterreicher:innen sind eingeladen bei der Gesundheitsinitiative „Gesundheit kann nicht warten“ mitzumachen und auf die Krankheiten des Gesundheitssystems hinzuweisen, denn wir alle sind Expert:innen, wenn es um unsere Gesundheit geht.

„Soziale Sicherheit und ein fairer Zugang zur bestmöglichen Medizin brauchen eine leistungsfähige öffentliche Gesund-

heitsversorgung. Über viele Jahre war die österreichische Gesundheitsversorgung sehr gut. Aber sie wurde schleichend geschwächt. >Mehr privat, weniger Staat!< war das Motto, vor allem von ÖVP und FPÖ. Sie haben maßgeblich in diese jetzige Sackgasse geführt. Es liegt doch auf der Hand: Fehlen kostenfreie Kassenärzt:innen zwingt man die Patient:innen auf das kostenpflichtige Wahlarztangebot auszuweichen. Ich sage: Oberösterreich will keine 2-Klassen-Medizin!“, so SP-Landesparteivorsitzender Michael Lindner.

Alle Details findest du unter: lindner-fuer-ooe.at

MITEINANDER. FÜR UNSERE GESUNDHEIT.

Michael Lindner fordert für ein gesundes Oberösterreich:

- Missbrauchte Krankenkassenreform aufklären: 500 Mio. Euro ÖÖ-Rücklagen zurückholen
- Gesundheitspersonal entlasten: Behandlungen sichern
- Beste Behandlung: Unabhängig von Alter und Geschlecht
- Ende der 2-Klassen-Medizin: Kostenfrei zum Wahlarzt



Mein Team unterstützen:
lindner-fuer-ooe.at/petition